



Die Bürgerinitiative lief vergangenen September Sturm gegen einen geplanten Windpark im Nordburgenland.

Foto: BI Müllendorf

Gegenwind gegen die saubere Energie

Erneuerbare Energie ist eine feine Sache – wenn sie nicht gerade vor der eigenen Haustür gewonnen wird. Grazer Nachhaltigkeitsforscher untersuchen, wie es um die soziale Verträglichkeit von Wind-, Wasser- und Sonnenkraft steht, um Konflikte zu vermeiden.

Doris Griesser

Es sind gerade die Windräder, die wohl mit dem meisten Gegenwind konfrontiert sind. Immer wiederlaufen Anwohner und Bürgerinitiativen Sturm gegen neue Bauprojekte. Das Hauptargument: Sie verschandeln die Landschaft.

Das ist etwas paradox: Denn von den meisten Menschen wird der Ausbau erneuerbarer Energiequellen als wichtige und dringende politische Aufgabe gesehen. Energie aus Sonne, Wind oder Wasser gilt als saubere und zukunftswesende Alternative zu Erdöl, Kohle und Erdgas – darüber herrscht ein gesellschaftlicher Konsens wie sonst in kaum einem Bereich. Wenn es aber an die Umsetzung geht, wird die Sache

schon etwas schwieriger: Ist der Windpark vom eigenen Garten aus zu sehen oder wehen von der nahen Biogasanlage die unfeinen Düfte durchs Küchenfenster, stößt die Akzeptanz für eine an sich gute Sache sehr schnell an ihre Grenzen.

Letztlich steckt in uns allen ein Nimby – ein sogenannter Not In My Back Yard“, ist Jürgen Sussek-Berger vom Interuniversitären Forschungszentrum Graz (IFZ) überzeugt. Wohl wahr – aber ist das nicht oft eine völlig gerechtfertigte Reaktion, wenn jemand seine Lebensqualität gefährdet sieht? „Natürlich! Als Nachhaltigkeitsforscher haben wir uns deshalb die Frage gestellt, ob alles Umweltfreundliche automatisch auch gut für die gesamte Gesell-

schaft ist“, sagt Gudrun Lettmayer von der Forschungsgesellschaft Joanneum Reserch. „Tatsächlich gibt es auch bei neuen und sauberen Technologien Gewinner und Verlierer.“ Aus diesem Grund haben sich die beiden Forscher in ihrem Projekt „Sonah“, das im Rahmen des Programms Energiesysteme der Zukunft vom Infrastrukturministerium finanziert wird, mit dem oft unterschätzten Problem der sozialen Nachhaltigkeit in Zusammenhang mit erneuerbarer Energie beschäftigt.

Informieren und einbinden

„Würde bei der Errichtung von Biomasse-, Wind- oder Kleinwasserkraftanlagen von Anfang an auch auf soziale Aspekte der Nachhaltigkeit geachtet, könnten manche Konflikte vermieden werden“, sagt Lettmayer. Dazu mischen die Betreiber aber wissen, wie weit das Projekt von der Bevölkerung überhaupt akzeptiert wird, wo mögliche Probleme aufzuheben können, wann wer informiert und eingebunden werden

soll, welchen Nutzen die Region, aber auch der einzelne Bürger davon hat oder welche langfristigen Auswirkungen zu erwarten sind.

Oft werde der Widerstand der Bevölkerung bagatellisiert, die Gegner als ewige Nörgler oder klassische Vertreter des Florianiprinzips abgetan. „Dabei werden aber sehr konkrete Anliegen übergangen, was zu Problemen führt, die unter Umständen das Vorhaben gefährden oder zumindest über Jahre verzögern und damit die Kosten explodieren lassen können“, weiß Lettmayer.

Um Betreibern und Behörden ein praxistaugliches Werkzeug zur Beurteilung der sozialen Nachhaltigkeit ihres Energieprojekts zur Verfügung zu stellen, hat das interdisziplinäre Team einen Kriterienkatalog entwickelt, der online abrufbar ist. „Entscheidungssträger und Anlagenbetreiber haben damit ein Instrument zur Hand, das sie dabei unterstützt, Konfliktpotenzial vorab zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren“, erläutert der Sozio-

loge Jürgen Sussek-Berger. Dabei gehe es nicht um eine Handlungsanleitung. Der Nutzer ist aufgerufen, die sozialen Auswirkungen seines Energieprojekts anhand von Fragen zu sieben spezifischen Themenfeldern von der Öffentlichkeitsbeteiligung über die regionale Identität bis zur Schaffung neuer Arbeitsplätze zu testen.

„Die Erstellung der Kriterien war ein sehr interaktiver Prozess“, betont Gudrun Lettmayer. „Wir haben sie auf Basis von Gesprächen mit Leuten aus der österreichischen Energiepolitik, mit Bürgergemeisern, Anlagenbetreibern, NGOs und Interessenvertretungen erarbeitet.“ Neben dem Kriterienkatalog zur Ermittlung der sozialen Nachhaltigkeit haben die Forscher auch Checklisten für bestimmte Situationen erarbeitet – etwa zur Vorbereitung auf ein Genehmigungsverfahren oder eine Bürger-Info-Veranstaltung.

Falsche Ängste

Mittlerweile wurde der Kriterienkatalog bereits in zwei Testregionen eingesetzt, etwa in St. Margarethen an der Raab, wo es im Zuge eines geplanten Biomassezentrums zu Anrainerprotesten gekommen war. „Dort sickerten zu früh unvollständige Informationen hinaus, die bei der Bevölkerung einen falschen Eindruck und Ängste erweckten“, berichtet Sussek-Berger. „Mithilfe unserer Liste entschieden sich die Betreiber nun für die Installation einer Koordinationsstelle für die Öffentlichkeitsarbeit.“

Was aber, wenn trotz vorbildlicher Informationspolitik die Leute nichts von einer nachhaltigen Energieanlage in ihrer Umgebung wissen wollen? „Oft ist die Akzeptanz mit dem Teilhaben-Können gekoppelt“, weiß Lettmayer. „In Niederösterreich gibt es bereits etliche kleinere Windkraftanlagen, an denen sich Anrainer finanziell beteiligen können.“

Besonders Fotovoltaikanlagen mit Bürgerbeteiligung erfreuen sich großer Beliebtheit. Derartige Sonnenkraftwerke sind bereits in Linz, Bergenz oder im steirischen Mureck im Betrieb, kürzlich wurde das erste Wiener Bürgerkraftwerk präsentiert. Das nicht nur ökologische, sondern auch für soziale Nachhaltigkeit stehen soll.

Das Rad nicht immer neu erfinden müssen

EU-Recht ermöglicht europäischen Geisteswissenschaftlern Zusammenarbeit bei Werkzeugen und Ressourcen

Gemeinsames Forschen und das Teilen von sprachwissenschaftlichen Werkzeugen und Ressourcen steht im Vordergrund des europäischen Projekts „Common Language Resources and Technology Infrastructure“ (Clarin). Seit 2007 arbeiten die Gründungsmitglieder, darunter Österreich, an der webbasierten Vernetzung der europäischen Forschungsgemeinschaft, erklärt der österreichische Clarin-Koordinator Gerhard Budin. Die Europäische Kommission hat Clarin nun als europäisches Forschungskonsortium anerkannt.

Wie oft kam der ehemalige britische Premierminister Tony Blair 2007 im Programm der BBC vor? Was steht in österreichischen Tageszeitungen vom 5. März 2002? Die Daten, die solche Fragen beantworten können, sind meist vorhanden, aber der Zugang und die Auswertung stellen europäische

Wissenschaftler vor Probleme. Die Lösung soll Clarin bieten. Durch eine Vereinheitlichung der Datensätze und die gemeinsame Entwicklung von Werkzeugen bietet das Netzwerk die Grundlage für gemeinschaftliche Forschung in den Geisteswissenschaften, sagte Budin. Professor für Translationswissenschaft an der Universität Wien: „So muss nicht jeder das Rad fünfmal neu erfinden.“

Konstruktionsphase startet

Internationale Forschungsprojekte oder die Zusammenarbeit mehrerer Dissertanten aus unterschiedlichen Ländern würden erleichtert. Seit 2007 läuft die Vorbereitung, jetzt startet die Konstruktionsphase, die etwa fünf Jahre dauern wird. Ausschlaggebend war dabei die Überführung eines europäischen Forschungskonsortiums. Zuvor mussten die

beteiligten Länder – darunter Österreich, Deutschland, Dänemark – nationale Vereine gründen. Clarin ist das zweite europäische Projekt, das diesen Status erhält. Diese Anerkennung bringe nicht nur den Vorteil der einheitlichen Rechtslage, sondern auch einen besseren Zugang zu EU-Forschungsgeldern und eine gesicherte Finanzierung, sagt Budin.

Die Errichtung von Clarin kostet rund 104 Mio. Euro, koordiniert wird es von der Universität Utrecht (Niederlande). Das Netzwerk ist bereits zugänglich und wird laufend aktualisiert. Es soll allen Unis und Forschungseinrichtungen zur freien Verfügung stehen. „Ziel ist es, durch die gemeinsame Daten- und Werkzeuggrundlage den europäischen Forschungsraum zu beschleunigen und damit auch den österreichischen Forschungsstandort zu stärken“, erklärt Budin. (APA, red)



Clarin erleichtert Zugang zu sprachwissenschaftlichen Quellen.

Foto: Heindrich